

Angesichts der Fülle an Darstellungen über die Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik, sowie deren Innen- und Außenpolitik, ist die Wirtschaft vergleichsweise wenig beachtet worden, obwohl Begriffe wie „Nostrifizierung“, „Bodenreform“ und „Reparationen bzw. Befreiungstaxe“ auch in Darstellungen mit anderer Thematik den engen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft belegen. Hier füllt die Arbeit von Lacina zweifellos eine Lücke, und er vermag darzustellen, daß in der Wirtschaftspolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik ein Teil des Kampfes des tschechischen Bürgertums um die Hegemonie im Staate zu sehen ist (S. 7).

Die übersichtliche und auch für Laien leicht verständliche Darstellung gliedert sich in sechs Kapitel. Im ersten zeichnet Lacina den Stand der Ökonomie in den böhmischen Ländern und der Slowakei in der Zeit der Habsburger Monarchie nach. Die Gesamtmonarchie lag nach europäischem Maßstab in ihrer Entwicklung zurück, war in den öffentlichen Ausgaben relativ zurückhaltend (S. 17), dabei auf fremdes Kapital angewiesen (Lacina spricht von einem „parasitären Charakter“, S. 18) und stützte sich auch in der Wirtschaft auf den mächtigen deutschen Nachbarn. Innerhalb der Monarchie besaßen die böhmischen Länder eine starke Stellung und waren in ihrer Leistungsfähigkeit auf einer ähnlichen Stufe wie Frankreich, lagen jedoch in ihrer Infrastruktur zurück (S. 24). Bedeutsam war indes, daß die Erträge der Industrie und die Steuern zu einem erheblichen Teil in die Hauptstadt Wien flossen, so daß der Aufstieg der tschechischen Bourgeoisie durch den Einfluß der Wiener Banken behindert wurde. Infolgedessen war es besonders die Agrarindustrie, in der die tschechische Bourgeoisie ihr Kapitel verdienen konnte. Weniger bekannt dürfte sein, daß der reichsdeutsche Einfluß auf die tschechischen Banken recht bedeutend war, so daß Jaroslav Preiss später dazu bemerkte, daß der tschechische „Weg in die Welt“ über Berlin geführt habe (S. 39). Erheblich weiter zurück waren die oberungarischen Komitate, die nach 1918 im Landesteil Slowakei zusammengefaßt worden sind. Strukturschwächen im Verkehrswesen und in der Technisierung sowie die Benachteiligung in der Kapitalversorgung hatten – neben dem politischen Einfluß der Magyaren – zur Folge, daß von ökonomischen Beziehungen zu den Tschechen vor der Staatsgründung kaum die Rede sein konnte.

Im Weltkrieg bewirkte die Einführung der Kriegswirtschaft, daß staatliche Steuerungsmechanismen bereitgestellt wurden, mit denen später der tschechoslowakische Staat den Aufbau seiner eigenen Wirtschaft forcieren konnte; außerdem schwächten die Kriegsanleihen die deutsche Bevölkerungsgruppe, weil sich die Tschechen nur in geringem Maße daran beteiligt hatten (S. 52).

Im zweiten Kapitel beschreibt der Verfasser die Grundlegung der ökonomischen Selbständigkeit des neuen Staates, wobei er feststellt, daß die Exilpolitiker kaum über wirtschaftliche Kenntnisse verfügten (S. 64). Das Schwergewicht lag daher auf den Heimatpolitikern, die ihre Politik einer Stärkung des tschechischen Bürgertums aus der Habsburger Monarchie in den neuen Staat überführen konnten. Hier liegt auch der Grund dafür, daß der Schutz des Privateigentums Vorrang hatte und revolutionäre Forderungen zurückgestellt oder überhaupt nur allgemein vorgebracht wurden (S. 74). Mit den Instrumenten der Kriegswirtschaft konnten die nun von Wien befreiten Wirtschaftskräfte, allen voran die *Živnostenská banka* (S. 76 ff.), ihre Politik der wirtschaftlichen Stärkung des tschechischen Bevölkerungsteiles fortsetzen. Aus der Abstempelung der österreichischen Kronenscheine entstand ein eigenes Zoll- und Währungsgebiet; durch die Vermögensabgabe und den Einbehalt von 50 % der alten Kronenbeträge erhielt der neue Staat eine Manövriermasse, die die Abhängigkeit vom Ausland verminderte, obgleich nicht beseitigte; denn bei ausländischen Banken war für den neuen Staat nur schwer Kredit zu erhalten, und die Inflation bei den Nachbarn beeinflusste die Wirtschaft der Tschechoslowakei erheblich (S. 86).

Die eigentlich politische Seite der Grundlegung der tschechoslowakischen Wirtschaft behandelt Lacina im dritten Kapitel unter der Überschrift „Der Kampf um die Hegemonie“, und er kann überzeugend nachweisen, daß das tschechische Bürgertum die Wirtschaft gezielt zur Tschechisierung des Gesamtstaates eingesetzt hat. Als Ziele nennt er dabei: die Ökonomie eines starken Staates zu begründen und das tschechische Bürgertum zur führenden Kraft im Staate zu machen (S. 91). Als Mittel dazu diente einmal die Förderung der bewährten Verbindung der Agrarindustrie mit der *Živnobanka*, ferner die Politik der Nostrifizierung, die die Bande nach Wien kappen sollte, und schließlich die bewußte politische Förderung von neuen Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich, wo der Konzern Schneider-Creusot mit günstigen Verkaufsangeboten zum Einstieg in die tschechoslowakische Wirtschaft gelockt wurde (S. 96).

Mit solchen Steuerungsmitteln gelang die Verlegung der Firmensitze auf tschechoslowakisches Hoheitsgebiet, so daß bald Schwierigkeiten mit der Bereitstellung geeigneter Häuser in Prag auftraten (S. 111). Die Tschechisierung der Industrie und des Bankwesens wurde weitgehend dadurch erreicht, indem entweder den deutschen Banken die Kreditmöglichkeiten erschwert wurden (eine Aufstellung der Banken nach der Nationalität s. S. 117, Anm. 95) oder sie durch „Aufpasser“ zur Anpassung gezwungen wurden. Die alten führenden Schichten wurden zudem durch die Bodenreform ausgeschaltet (S. 126 ff.).

Die Einbettung der tschechoslowakischen Wirtschaft in die internationale Situation wird im vierten Kapitel behandelt. Hier weist der Verfasser darauf hin, daß von einer Abschottung der tschechoslowakischen Wirtschaft keine Rede sein könne: die von den Alliierten erhofften Kredite ließen auf sich warten, die tatsächliche Bindung an Großbanken in Wien und im Deutschen Reich bestand fort, auch wenn dies kaum an

die Öffentlichkeit kam (S. 135). Die Abhängigkeit von ausländischer Technologie und die Zusammenarbeit mit internationalen Gesellschaften überlagerten gewissermaßen die nationaltschechische Politik, so daß der Verfasser konstatieren kann, daß die tatsächlichen Beziehungen zu Deutschland immer enger waren als jene zu Frankreich (S. 138). Dies besaß eine direkte Auswirkung auf die Außenpolitik, weil der verbalen Frankreichhörigkeit eine Zurückhaltung bei den Krisen entsprach, etwa bei der Ruhrbesetzung. Auch die politisch motivierte Werbung um französisches Kapital hatte im Verlauf der zwanziger Jahre immer weniger Erfolg (S. 143). Lacina beschreibt dann die Beziehungen zu den einzelnen Handelspartnern und Nachbarn, wobei insgesamt die Feststellung untermauert wird, daß im Laufe der Zeit die geographische Lage eine immer größere Rolle spielte im Konflikt zwischen Außenpolitik und Außenhandel; dies hat sich z. B. auch im Verhältnis zu den Staaten der Kleinen Entente gezeigt¹.

Die spezifischen Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Wirtschaft behandelt Lacina im fünften Kapitel, und er stellt fest, daß die ČSR zwar politisch eine „Insel der Stabilität“ darstellte, aber ökonomisch von allen Belastungen der Nachbarn miterfaßt wurde (S. 173). Dies betraf in besonderem Maße die Währung, weil die Deflationspolitik des Finanzministers Rašín zu einer Teuerung und einer Senkung der Einkommen führte (S. 181). Auch als Staat der Siegerkoalition mußten die Tschechen ihren Anteil an den österreichischen Staatsschulden und überdies die „Befreiungstaxe“ tragen, saßen also in dieser Frage mit den Verlierern im selben Boot. Zur gleichen Zeit besaß die Verflechtung auch ihre Vorteile, denn die Tschechen konnten etwa aus der Ruhrkrise ihren Profit ziehen (S. 195)². Andererseits bewirkte der Konzentrationsprozeß zu Gunsten des tschechischen Bürgertums, daß die Tschechoslowakei in eine hausgemachte Krise schlitterte und in der internationalen Konkurrenz infolge ihrer provinziellen Wirtschaftspolitik zurückblieb (S. 198).

Ein besonderes Kapitel ist der Wirtschaft in der Slowakei gewidmet, die als rückständiger Landesteil am meisten unter den schlechten Verkehrsverbindungen und der Kapitalarmut litt. Auch hier kam es zu einer Tschechisierung und einer Benachteiligung der slowakischen Bourgeoisie; der Verfasser spricht sogar von einem „Anschluß“ der Slowakei (S. 208 ff.). Die Lage der Deutschen wird ebenfalls in diesem Kapitel behandelt, wenn auch nur mit wenigen Bemerkungen. Dies ist der einzige, inhaltlich allerdings schwerwiegende Mangel des Buches; denn der Anteil der Deutschen am tschechoslowakischen Außenhandel wird nicht ausdrücklich behandelt und kann nur indirekt erschlossen werden, wenn er etwa von der Ausfuhr von Konsumgütern in die USA spricht (S. 151). Vielleicht war diese Vernachlässigung eines Drittels der Wirtschaft Böhmens noch ein zeitbedingter Faktor in dieser sonst ideologiefrei verfaßten Arbeit. Obgleich das Buch 1990 erschienen ist, kann von einer marxisti-

¹ Hradečný, Pavel: Politické vztahy Československa a Jugoslávie v letech 1925–1928 v zahraničním i vnitřním kontextu [Die politischen Beziehungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in den Jahren 1925–28 im außen- und innenpolitischen Kontext]. Praha 1988.

² Eine Betrachtung über die reichsdeutsche Kapitalflucht in die Tschechoslowakei im Jahre 1923 und die geschickte Verschleierung in den Bilanzen s. Gesandtschaftsberichte aus Prag. Band II. Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla. 1921–1926. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander (erscheint demnächst), hier Dok. 121 (Anhang) vom 31. 1. 1925.

schen Terminologie keine Rede sein. Allerdings trifft der Vorwurf einer gewissen Provinzialität auch den Autor, denn im Literaturverzeichnis sind fast ausschließlich tschechische und slowakische Titel erfaßt, während englische, französische oder deutsche kaum vertreten sind. Der Verfasser hat mit dieser Arbeit, die auf originären Archivstudien aufbaut, eine Abrundung seiner eigenen Forschungen erreicht, die sich bis auf seine Diplomarbeit von 1955 zurückverfolgen lassen (S. 126, Anm. 128).

Köln

Manfred Alexander